

MILIZ *info*

März 1/2026

Information für Angehörige der
Einsatzorganisation des Bundesheeres

Wehrdienstkommission: Bericht und
Ergebnisse

Strategische Kommunikation

Erfolgreiche Hilfsaktion des Jägerbataillon
Tirol

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH
BUNDESHEER.AT



UNSER HEER

Stell dir vor, es ist Krieg und keiner glaubt an den Sieg!

Der Glaube an den Sieg und an die eigene militärische Wirksamkeit ist eines der ersten Opfer im „Hybriden Krieg“. Durch gezielte Desinformation, Einflusskampagnen und „alternative Fakten“ wird der Optimismus in eine Dystopie verwandelt. Mangelndes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten wird durch den Feind gefördert. Strategische Kommunikation (StratKomm) hält dagegen und zeigt dem Feind, wie nutzlos es ist, hier anzugreifen.

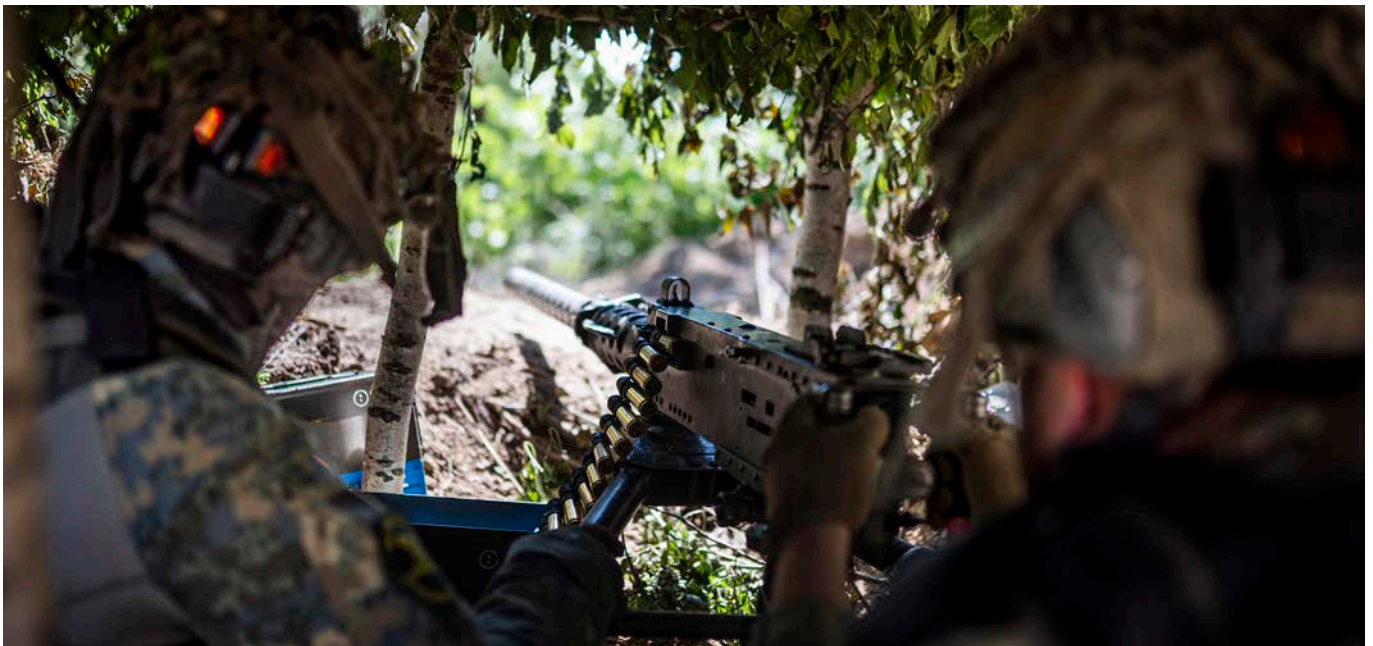
In der komplexen Welt, in der – vor allem über die sozialen Medien – jede Person seine Version der Realität als Nachricht getarnt verbreiten kann, tobt Informations- und Deutungskrieg. Daher ist es wichtig, die Deutung von Welt in die eigene Hand zu nehmen. Die Konfliktpartei – das Gegenüber – wird mittlerweile wieder „Feind“ genannt. Und der Feind analysiert den Wehrwillen der Bevölkerung und beeinflusst ihn gezielt – mit Worten als Waffen, mit Kommunikation. Ziel ist es, den Wehrwillen zu brechen, Zweifel zu säen und für einen Meinungsumschwung zu sorgen. Und zwar, indem Wahrnehmungen, Überzeugungen, Interessen, Ziele, Entscheidungen und Verhaltensweisen der Zielgruppe beeinflusst werden – mit

Worten und Bildern. Und die Zielgruppe ist der globale Westen mit seinen Demokratien. Und es wirkt so: Russland säht mit seiner Erzählung von der „Befreiung der Ukraine“ den Samen des Zweifels in die Köpfe der Menschen und mit jeder Desinformation, jeder weiteren verdrehten, gefälschten, geschönten Nachricht wird diese Pflanze des Zweifels größer und stärker in den Köpfen der Menschen.

Genau an Bereichen wie diesem setzt die Strategische Kommunikation (StratKomm) an. Das Projekt StratKomm hält mit ihrer Deutung von Welt dagegen. Denn Kommunikation ist ein mächtiges Instrument. Auch, weil man – wie Paul Watzlawick sagte: „Man kann nicht nicht kommu-

nizieren“. Handeln, Worte und Bilder sind Teil dieser Kommunikation und schaffen ein eigenes Narrativ – eine eigene Erzählung und Deutung der Welt. Und das verleiht nicht nur dem eigenen Handeln Sinn, sondern ist auch das Gegenmittel gegen die gezielten Desinformationskampagnen feindlicher Akteure – es ist ein Kampf um die Gedanken und Hoffnungen, ein Kampf um die Zuversicht. Ein Kampf, der in den Köpfen der Menschen stattfindet.

Bei StratKomm geht es um viel mehr als Public Relations (PR – Öffentlichkeitsarbeit), es geht um die Vorstellung der Zukunft in den Köpfen der Menschen. Dabei werden Zielgruppenanalyse, Kommunikation, Informationsaktivitäten und



Jeder Soldat ein Botschafter; Kommunikation ist keine Begleitmaßnahme, sondern operatives Werkzeug – auf Augenhöhe mit kinetischen Mitteln (Foto: Bundesheer/Paul Kulec)



Narrative schaffen Wirkung; Erst durch stimmige Erzählungen erhalten militärische Handlungen Sinn, Legitimität und Unterstützung in der Bevölkerung.
(Foto: Bundesheer/Paul Kulec)

anderen Maßnahmen kombiniert, um die eigene Glaubwürdigkeit zu schützen und zu stärken. Denn Glaubwürdigkeit ist die Währung im Informationswettbewerb. StratKomm ist die konsequente Umsetzung der Erkenntnis, dass jede Handlung, jede Aktion Kommunikation ist. Und dass Narrative – Erzählungen – das Werkzeug sind, um diesen Aktionen einen Deutungsrahmen zu geben und sie zu erklären.

Was ist neu?

Dieser Ansatz setzt die Erkenntnis um, dass Kommunikation ein wichtiges operatives Instrument ist – und zwar auf gleicher Ebene wie kinetische Mittel. Das ist grundsätzlich nicht neu. Bereits 500 v. Chr. stellte der Militärstrategie und Philosoph Sun Tzu (Die Kunst des Krieges) fest, dass es nicht die Krönung sei aus 100 Schlachten 100-mal als Sieger hervorzugehen, sondern den Gegner zu unterwerfen ohne eine einzige Schlacht zu schlagen. Neu ist jedoch, dass dies nun auch in strukturierten Prozessen und Vorschriften festgelegt ist.

Strategische Kommunikation muss daher in den gesamten Planungsprozess integriert werden – von Anfang an, nicht erst als „Add-on“ am Ende. Das ist ein wichtiger Punkt. Dadurch verändert sich auch die

Rolle des militärischen Führungspersonals. Denn es müssen Kommunikationswirkungen und deren Auswirkungen auf die kognitiven Dimensionen mitgedacht sowie in Operationen eingeplant werden.

Auch der Beurteilung von Desinformation fällt eine runderneuerte Rolle zu. Das ist eine weitreichende Folgerung, die sich aus den Analysen der Krisen und Kriege der letzten Jahre ergibt. Wesentlich ist, dass Strategische Kommunikation Informationsumfelder inzwischen als echte Einsatzräume sieht – genauso wichtig wie Land, Luft, See, Cyber und Weltraum. Diese Ansicht teilt das Österreichische Bundesheer mit den Partnern der Europäischen Union, von denen die meisten bei der NATO Vollmitglied sind. Auch Österreich ist seit 1995 Teil der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) und stimmt sich mit seinen Partnern ab. Unsere Partner bezeichnen den Prozess, Bedrohungen im Informationsumfeld zu verstehen und darauf zu reagieren als Information Environment Assessment.

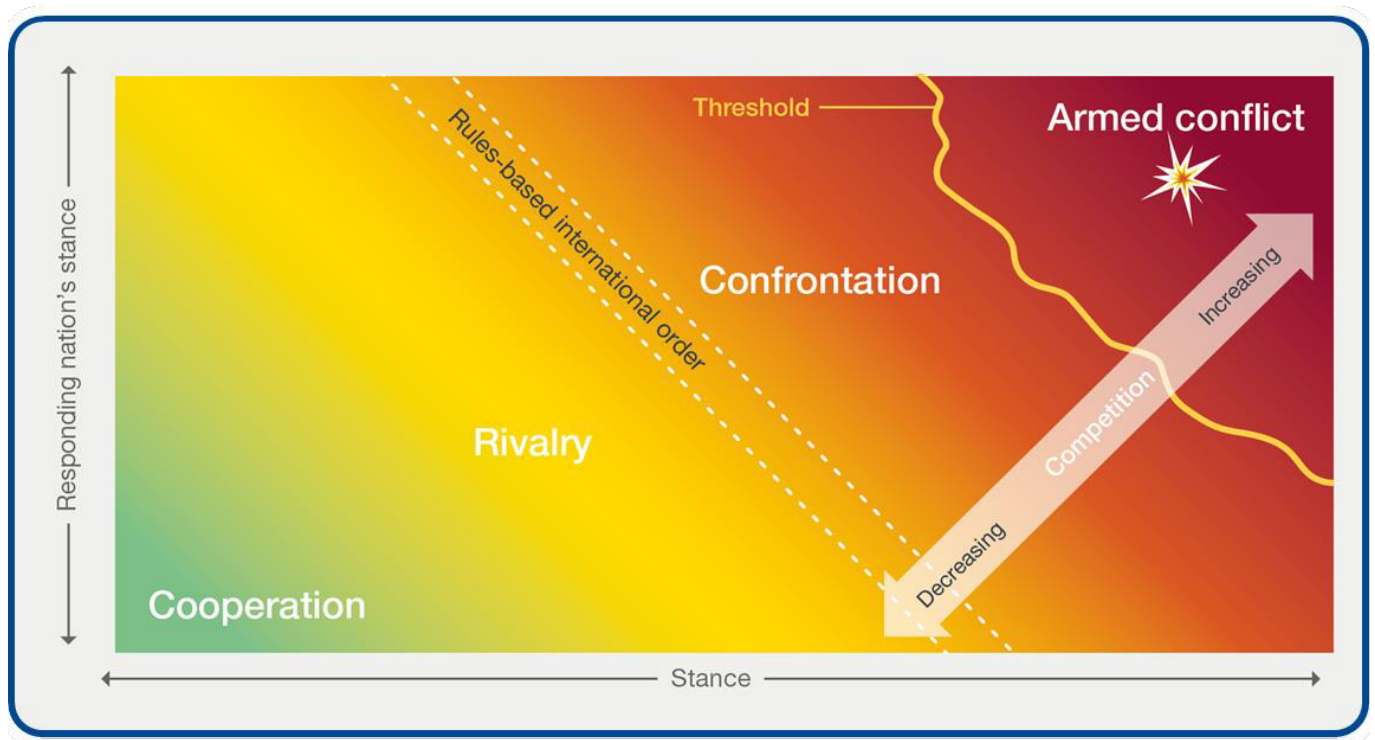
Die North Atlantic Treaty Organization (NATO) spricht in ihrer 2023 erschienenen Vorschrift zu Strategic Communications von einer Art „Informationsdominanz“. Sie muss in dem – inzwischen als echte Ein-

satzräume gewerteten – Informationsumfeld im „Gefecht der Worte und Bilder“ bestehen. Und dies ethisch und im Einklang mit dem Völkerrecht. Doch wie allgemein bekannt ist, wollen antidemokratische Fraktionen genau dieses Völkerrecht unterminieren. Für den Feind gilt mittlerweile folgendes Konzept: Die faktische Realität ist mittlerweile zweitrangig, die Wahrnehmung (perception) entscheidet über die Realität. Wer das vergisst, hat verloren – die Informationsdominanz und das Vertrauen der Menschen.

Woran mangelt es?

An einem starken Narrativ – also umgangssprachlich der „Geschichte“. Denn es braucht eine stimmige Geschichte, um Fakten und Handeln Sinn und Kontext zu geben. Und so den Wehrwillen am Leben zu erhalten. Ein Narrativ (die Erzählung) ist von zentraler Bedeutung. Denn wie Menschen haben auch Nationen und Organisationen wie das Österreichische Bundesheer eine Geschichte. Und diese verleiht allen Aktivitäten des politischen, militärischen und zivilen Personals, der Machtinstrumente, der Operationsebenen, der operativen Domänen und der gemeinsamen Operationsgebiete Sinn und bildet den Deutungsrahmen, in dem sich „alles“ bewegt. Narrative dienen dazu, die Begründung für eine Aktivität und das angestrebte Ergebnis kurz und einprägsam zu erklären, um Verständnis, Unterstützung und die Wahrnehmung von Legitimität aufzubauen.

Auch im Bundesheer braucht es daher ein Strategisches Kommunikationsdenken („strategic communication mindset“) auf allen Ebenen, um dieses Narrativ zu entwickeln und zu kommunizieren. Denn da das Informationsumfeld inzwischen als echter Einsatzraum festgelegt ist, müssen ab nun Kommandanten Folgerungen aus dem neuen „Gefechtsumfeld der Worte und Bilder“ – dem Informationsumfeld – ziehen können. Dazu benötigt das Bundesheer eine an diese Situation angepasste Strategie die im Einklang mit der Österreichischen Sicherheitsstrategie und abgestimmt auf seine Partner in der Europäischen Union, sowie der NATO ist, da die meisten EU-Mitglieder auch in der NATO sind.



Kampf um die Köpfe.

Internationale Beziehungen bewegen sich entlang eines Kontinuums aus Zusammenarbeit, Konkurrenz und Eskalation – wo Kooperation endet, beginnt oft der strategische Wettbewerb und irgendwann ein möglicherweise auch bewaffneter Konflikt. Strategische Kommunikation zielt darauf ab, den Wehrwillen für den Fall der Fälle zu stärken und gegenseitiger Desinformation aktiv entgegenzuwirken.

Jeder Soldat ist ein Botschafter. Von der operativen Ebene aufwärts ist der militärische Erfolg fast immer abhängig von Effekten in der kognitiven und emotionalen Dimension, die erschaffen werden.

muss strategische Kommunikation die „Wahrnehmungen, Überzeugungen, Interessen, Ziele, Entscheidungen und Verhaltensweisen“ der Zielgruppen verstehen. Erst dann kann sie sie in die richtige Richtung lenken.

Kurz gesagt: Strategische Kommunikation zielt darauf ab, das Kommunikationsumfeld zu verstehen und bewusst zu gestalten. Dieses bewusste Gestalten umfasst im weitesten Sinne auch die Erhöhung des Wehrwillens, denn dieser ist notwendig, um Bedrohungen abzuwehren und in letzter Konsequenz auch zu siegen.

Redaktion

„
We win when the people decide we win.

General Allen McChrystal
ehem. Kommandeur ISAF und US Forces in
Afghanistan

Die NATO sieht strategische Kommunikation als ein entscheidendes Tool im 21. Jahrhundert, um ein gewünschtes Ziel zu erreichen. Sie stellt ein Narrativ, die Deutungsrahmen und Botschaften, bereit, die den Operationen auf operativer und taktischer Ebene Sinn verleihen. Um den Roten Faden in der Geschichte zu entwickeln,



Strategische Kommunikation ist der Kampf um die Wahrnehmung.

Das Informationsumfeld wird durch das Erodieren der regelbasierten internationalen Ordnung immer stärker zum Schlachtfeld der hybriden Kriegsführung. Wie bei der Präsentation des Risikobilds 2025 durch Generalmajor Ronald Vartok angesprochen, befinden sich die Europäische Union und alle ihre Mitgliedsstaaten bereits in einem Informationskrieg. Österreich muss sich daher auch gegen diese Gefahren rüsten, das Österreichische Bundesheer trägt hier eine wesentliche Rolle.

Brigadier Reinhard Kraft
Gruppe Direktion Kommunikation im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV)

MILITÄRMUSIKFESTIVAL 2026

PARTNERSCHAFT MIT HERZ:
BUNDESHEER UND LICHT INS DUNKEL

ÜBER 600
MUSIKERINNEN
UND MUSIKER!

21. | 22.05.
STADTHALLE
GRAZ

19:00 UHR

Das Ticket ist gratis – Ihre Spende
an LICHT INS DUNKEL wertvoll.
Jetzt Tickets sichern!

LICHT INS DUNKEL **ORF**



Erlebnisregion
GRAZ

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH
MUSIK.BUNDESHEER.AT



UNSER HEER

Junge Familie hat wieder ein Dach über dem Kopf!

Hilfsaktion Unterweger – Tiroler Milizsoldaten zeigen, dass gelebte Kameradschaft ein Hausdach bauen kann. Im November 2023 erfuhren einige Tiroler Milizsoldaten vom Tod ihres Kameraden Andreas Unterweger und den Herausforderungen der hinterbliebenen jungen Familie, unter anderem ein undichtes Hausdach. Mit dem „Verein Freunde des Jägerbataillon Tirol“ wurde daher kurzerhand ein Hilfsprojekt gestartet. Am 31. Juli 2025 konnte dieses mit einer Feier zur offiziellen Übergabe an die Familie Unterweger abgeschlossen werden.

Nach gut eineinhalb Jahren Spendensammlung und Projektvorbereitung starteten am Montag, 7. Juli 2025, die Bauarbeiten. Bereits am 23. Juli konnte sich Sabine Unterweger, die Witwe des verstorbenen Kameraden Wachtmeister Andreas Unterweger, gemeinsam mit ihren Kindern über ein neues Dach auf dem Haus freuen. Aufgrund des überwältigenden Erfolges der Spendensammlung wurde zusätzlich zur ursprünglichen Planung auch die thermische Sanierung des Daches umgesetzt.



Noch ein paar Handgriffe, und das Projekt ist abgeschlossen. (Foto: Sabine Unterweger)

”

Während des Projektes hatten wir viele Erfolgsmomente, aber auch Durststrecken und Phasen, in denen wir ins Grübeln kamen. Aber wir haben immer daran geglaubt, dass wir es schaffen werden. Und jetzt hat Sabine und ihre Familie sozusagen von den Kameraden ihres verstorbenen Mannes ein neues Dach für das Haus bekommen. Ein schönes Zeichen echter Kameradschaft!.

”

Zugsführer Mag. Stefan Greil
Projektleiter

Für emotionale Momente bei der feierlichen Übergabe sorgte nicht nur das fertiggestellte Dach, sondern auch die Anwesenheit ehemaliger Kommandanten

und Kameraden von Andreas Unterweger. Allen voran der Kommandant des Jägerbataillon Tirol, Oberstleutnant Ing. MMMag. Hannes Pirker, M.A.I.S., und der Kommandant der Führungsunterstützungskompanie des Stabsbataillon 6, Hauptmann Dietmar Mayer, sowie der Pfarradjunkt der Militärpfarre des Militärkommandos Tirol,

Vizeleutnant Reinhard Sorg.

„Andreas, oder „Jack“ wie wir ihn nannten, war immer hilfsbereit und motiviert. Egal wie schwierig eine Situation war, er hat immer irgendwie eine Lösung gefunden. Erkannt hat man ihn immer am „schmenzenlen“, das bedeutet verschmitzt grinsen. Sein Tod war ein Schock und für alle ein schwe-



Andreas Unterweger bei einer seiner letzten Milizübungen (Foto: Nachlass Unterweger)



Das Projektteam und Unterstützer mit der Familie Unterweger. (Foto: Andreas Weimann)

rer Verlust. Es war uns ein echtes Herzensanliegen, seiner Familie zu helfen.“, erzählte Hauptmann Dietmar Mayer über seine Erinnerungen an Andreas Unterweger. Auch der Bürgermeister der Gemeinde Silz, Ing. Helmut Dablander, bedankte sich vor Ort bei den Initiatoren der Hilfsaktion. Die gesamte Finanzierung des Projektes wurde durch die vom „Verein Freunde des Jägerbataillon Tirol“ initiierte Spendenak-

tion sichergestellt. Schnell fand die Initiative auch weitere Unterstützer, wie unter anderen eine Spendensammlung durch die Militärpfarre beim Militärkommando Tirol, eine Spendenaktion der Zeitschrift impuls vor Weihnachten 2023, die Versteigerung eines E-Bikes durch die Firma Bike Repair Oberhofer sowie weitere Spendenaktionen im Bundesheer beim San-Zentrum West, in der Führungsunter-

stützungskompanie des Stabsbataillon 6, in der Andreas Unterweger gedient hat, sowie durch Teilnehmer der Übung „Joint Action“ im November 2023 an der Theresianischen Militärakademie in Wr. Neustadt. Maßgeblich unterstützt wurde das Projekt auch durch die Tiroler Krebshilfe mit Geschäftsführer Florian Klotz.

An der Planung und Umsetzung waren folgende Firmen und Personen maßgeblich beteiligt:

- Spenglerei Christoph Schweigl
- Firma Metallform Haid-Nothdurfter GmbH
- Architekturbüro DKN, DI Dietmar Neurauter
- Firma Eisenkies
- Plattner & Co.
- Florian Grameiser
- Vzlt. a.D. Bernhard Huter

Das Projektteam bedankt sich bei allen, die an diesem Projekt mitgewirkt und es zu einem großen Erfolg werden haben lassen. Sie alle haben damit ein starkes Zeichen gesetzt, denn: Kameradschaft geht über den Tod hinaus!

Verein der Freunde des Jägerbataillon Tirol

Der Verein „Freunde des Jägerbataillon Tirol“ entstand aus dem Wunsch der Milizsoldaten des Jägerbataillon Tirol, ihre Kameradschaft auch außerhalb der dienstlichen Verpflichtungen beim Österreichischen Bundesheer zu pflegen und ein Netzwerk aufzubauen, welches Fortbildung, Traditionspflege sowie Unterstützung der Angehörigen und Freunde des Jägerbataillon Tirol ermöglicht. Der wesentliche Vereinszweck besteht darüber hinaus in der Pflege und Förderung der militärischen Aktivitäten des Jägerbataillon Tirol (JgB T), der gesellschaftlichen und militärischen Tradition, sowie der Verbundenheit mit dem Land Tirol.



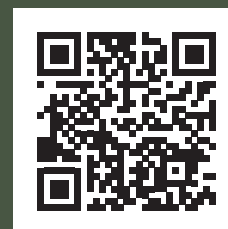
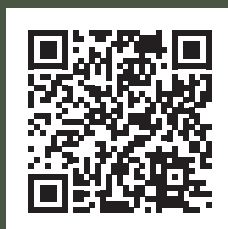
Der Verein Freunde des Jägerbataillon Tirol unterstützt regelmäßig in Not geratene Kameraden und deren Familien. Diese und weitere Hilfsaktionen sind nur durch Spenden möglich. Wir freuen uns daher über jede weitere finanzielle Unterstützung!

Weitere Informationen:

<https://www.jgb.tirol/hilfsaktion-unterweger>

Spenden-Website

<https://www.jgb.tirol/spenden>



Die Wehrdienstkommission und ihre Ergebnisse

Ziel der Wehrdienstkommission war die Weiterentwicklung von Voraussetzungen und Rahmenbedingungen des Wehrdienstes und des Zivildienstes. Dabei sollten drei Optionen ausgearbeitet werden, die die volle Einsatzbereitschaft des Bundesheeres für alle Einsatzaufgaben rasch sicherstellen und die personelle Befüllung der Miliz sowie deren Attraktivierung und verstärkte Übungstätigkeit berücksichtigen.

Angesichts der aktuellen Sicherheitslage in Europa richten zahlreiche europäische Staaten ihre Wehrsysteme neu aus. Viele europäische Staaten, darunter auch Österreich, hatten aufgrund der niedrigeren Bedrohungslage in den letzten Jahrzehnten ihre Streitkräfte umgestellt. Europaweit wurden Investitionen in die Streitkräfte zurückgefahren, die Verteidigungsfähigkeit wurde reduziert. Mit dem Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine begannen die europäischen Staaten schlussendlich, ihre Verteidigungsausgaben wieder signifikant zu erhöhen, ihre Wehrsysteme zu überdenken und anzupassen.

Österreich reagierte mit dem Aufbauplan ÖBH2032+ auf die nachhaltige Verschlechterung der Sicherheitslage und leitete umfangreiche Maßnahmen zum Wiederherstellen der Verteidigungsfähigkeit ein.

Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine sind täglich spürbar, und die Bevölkerung sieht sich mit der neuen Realität hybrider Kriegsführung konfrontiert. Umso wichtiger ist es, neben finanziellen Investitionen auch die zeitlichen Rahmenbedingungen des Wehrdienstes stärker zu berücksichtigen, um eine überzeugende Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen. Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen so ausgebildet sein, dass sie auf dem modernen Gefechtsfeld überleben und Österreich sowie seine Bevölkerung verteidigen können. Wie dieses Ziel erreicht werden kann, das hat die Wehrdienstkommission in mehreren Sitzungen erarbeitet.

Die Wehrdienstkommission: Wer, was, warum?

Um auch in Zukunft angesichts der geopolitischen Veränderungen und demografischen Gegebenheiten den militärischen Aufgaben gerecht werden zu können, setzte die Bundesministerin für Landesverteidigung, wie im aktuellen Regierungsprogramm vorgesehen, am 2. Juni 2025 die „Kommission zur Erarbeitung von Voraussetzungen und Rahmenbedingungen künftiger Wehrdienstmodelle und deren Auswirkungen auf den Wehersatzdienst“ (kurz: Wehrdienstkommission) ein.

Diese Kommission bestand aus 23 Expertinnen und Experten aus verschiedenen Organisationen und Institutionen des öffentlichen Lebens. Sie hielt insgesamt 13 Sitzungen ab. In die Überlegungen wurden vielfältige Perspektiven miteinbezogen, damit die Kommission den politischen Entscheidungsträgern durchdachte Lösungsvorschläge in Form von Empfehlungen, Anreizsystemen und Modellen präsentieren konnte.

Die Kommission analysierte unter anderem die Tauglichkeit der Stellungspflichtigen, die Bevölkerungsentwicklung, die Wehrsysteme anderer europäischer Staaten, die Ausbildungsdauer der Rekruten, die personelle Entwicklung der Miliz, die laufende Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft des Bundesheeres und Wechselwirkungen mit dem Wehersatzdienst (Zivildienst). Dabei orientierte sich die Wehrdienstkommission an Konstanten, welche die bestehenden Eckpunkte des Wehrsystems (Umfassende Landesverteidigung, Wehrpflicht, Milizsystem)

”

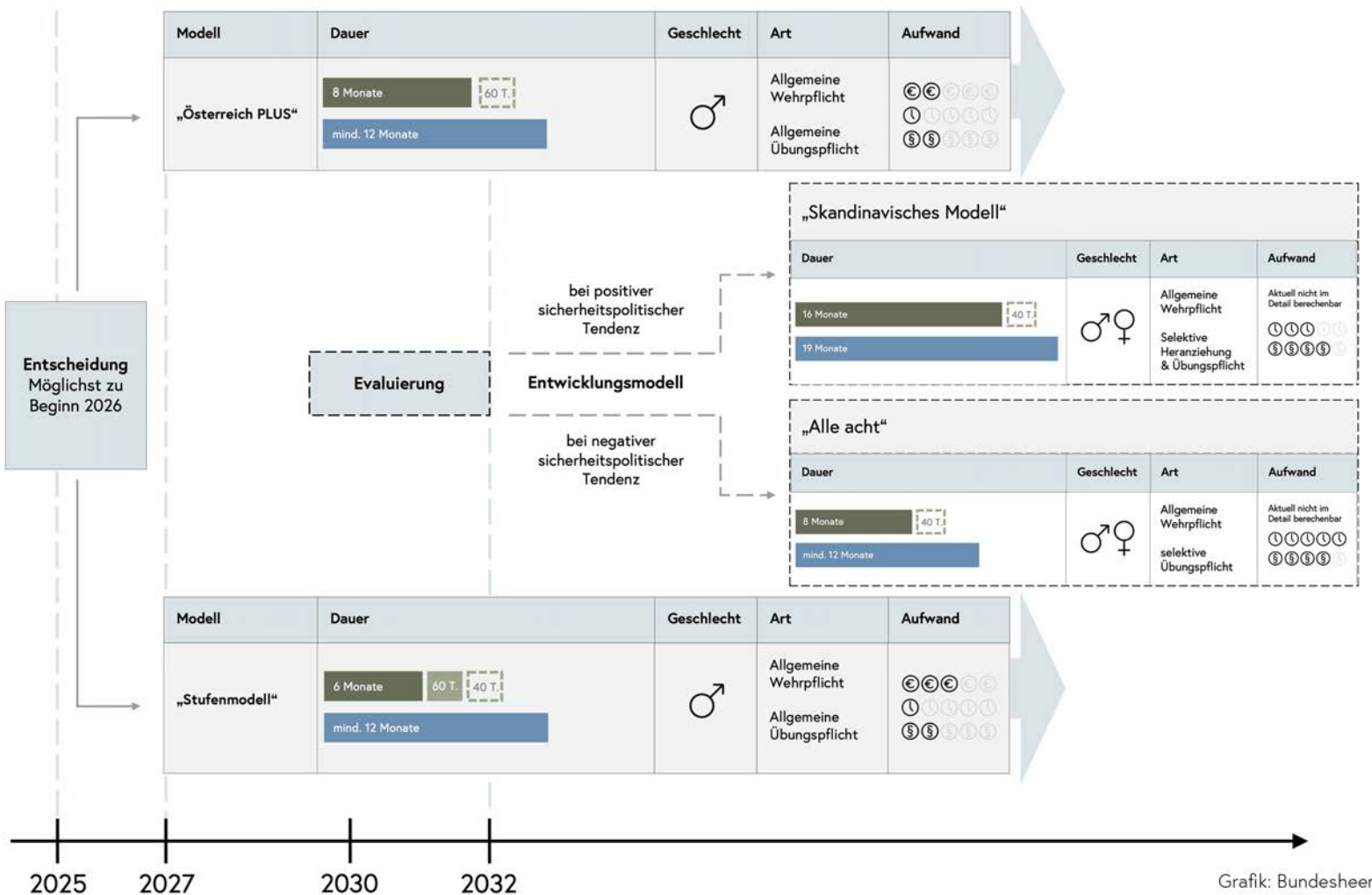
Die geopolitische Situation hat sich massiv verändert – mit direkten Auswirkungen auf Österreich. Wir haben dringenden Handlungsbedarf, was unsere Sicherheit und Resilienz betreffen. Derzeit gibt es nach dem sechsmonatigen Grundwehrdienst nur freiwillige Übungen, in diesen sechs Monaten kann man die jungen Menschen aber nicht so ausbilden, dass sie am modernen Gefechtsfeld überlebensfähig sind. Das von den Mitgliedern der Wehrdienstkommission auf breiter Basis empfohlene Modell „Österreich PLUS“ sieht acht Monate Grundwehrdienst und zwei Monate an verpflichtenden Milizübungen vor – und erfüllt den entscheidenden Punkt: die rasche Reaktionsfähigkeit im Sinne der militärischen Landesverteidigung.

”

Generalmajor Mag. Erwin Hameseder
Vorsitzender der Wehrdienstkommission

und den militärischen Kernbedarf, die rasche Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft nach Mobilmachung, berücksichtigten.

Anhand dieser Prämissen erarbeitete die Kommission 49 Empfehlungen, 41 Vorschläge zu Anreizsystemen sowie drei Modelle zur geänderten Leistung des Wehrdienstes und Zivildienstes, um die



personelle Einsatzbereitschaft des mobilgemachten Bundesheeres nachhaltig sicherzustellen. Zwei der drei erarbeiteten Modelle („Österreich PLUS“ und das „Stufenmodell“) sind in den Aufbauplan ÖBH2023+ integrierbar und können rasch (bereits ab 2027) umgesetzt werden. In beiden Fällen steigt die Gesamtdauer des Wehrdienstes durch vertiefte Ausbildung und wiederholte Trainings.

Mit einem dritten Modell, dem Entwicklungsmodell (das sich aus dem „Skandinavischen Modell“ und „Alle acht“ zusammensetzt), bietet die Wehrdienstkommission einen Blick auf potenzielle zukünftige Weiterentwicklungen des Österreichischen Bundesheeres an. Dieses Modell kann jedoch erst frühestens Mitte der 2030er-Jahre weiter beurteilt werden.

Modell „Österreich PLUS“ als klare Empfehlung

Nach Prüfung aller relevanten Faktoren und Abwägung der Vor- und Nachteile ist

die klare Empfehlung der Wehrdienstkommission das Modell „Österreich PLUS“. Seine Kernelemente: ein Grundwehrdienst mit integrierter Truppenausbildung in der Dauer von insgesamt 8 Monaten sowie die Wiedereinführung von verpflichtenden Milizübungen in der Dauer von 60 Tagen. Auch der Zivildienst soll in diesem Modell verlängert werden und mindestens 12 Monate dauern.

Folgende Punkte waren für die Entscheidung für das Modell „Österreich PLUS“ ausschlaggebend:

- Am effektivsten in Bezug auf die zeitnahe Deckung des qualitativen und quantitativen Personalbedarfs sowie die geforderte militärische Reaktionsfähigkeit
- effizienteste Möglichkeit zur Leistung des Wehrdienstes oder eines entsprechend angepassten Ersatzdienstes
- geringste Auswirkungen auf die Wirtschaft
- geringste Auswirkungen auf das

Budget

- höchste Passung mit der bisherigen strategischen Kultur Österreichs und der gesamtgesellschaftlichen Wehrbereitschaft
- schnellste Möglichkeit zur Wiederherstellung der vollumfänglichen personellen Einsatzbereitschaft des Österreichischen Bundesheeres.

Mit dem Modell „Österreich PLUS“ liegt nun eine fundierte und rasch umsetzbare Empfehlung vor, die den aktuellen sicherheitspolitischen Anforderungen gerecht werden kann. Entscheidend wird sein, die vorgeschlagenen Maßnahmen zügig politisch umzusetzen, um die Verteidigungsfähigkeit Österreichs nachhaltig zu stärken.

Kmsr Cornelia Derdak
Abteilung Zielgruppenkommunikation

„Österreich PLUS“ – das von der Wehrdienstkommission präferierte Modell

Die Wehrpflichtigen leisten ihren achtmonatigen Grundwehrdienst durchgehend und schließen ihre militärische Basisausbildung und die Truppenausbildung in dieser Zeit ab. Mit Ende des Grundwehrdienstes sind die Soldaten mit ihren Verbänden für Einsätze zur Militärischen Landesverteidigung ausgebildet und werden in eine Einsatzfunktion beordert. Nach dem Grundwehrdienst rücken die beordneten Milizsoldaten regelmäßig zu Trainingseinheiten in Form von verpflichtenden Milizübungen ein. Dabei halten sie ihre militärischen Fertigkeiten in ihrem Verband aufrecht. Das Modell „Österreich PLUS“ sieht Milizübungen innerhalb von zwei Jahren im Umfang von 10 bis 12 Tagen vor. Im Regelfall schließen die Wehrpflichtigen ihre Übungsverpflichtung vor dem 30. Lebensjahr ab. Der Wehersatzdienst wird auf mindestens 12 Monate verlängert. Die Zuweisung der Zivildienster soll auf Sparten der Zivilen Landesverteidigung fokussiert werden.

„Stufenmodell“ – die Alternative

Das „Stufenmodell“ lässt den Grundwehrdienst in seiner bestehenden Dauer unverändert. Die für die volle Einsatzbereitschaft der Rekruten notwendige Truppenausbildung wird zeitnah nach dem Grundwehrdienst in Form einer zweimonatigen, geblockten Milizübung absolviert. Diese muss innerhalb von 18 Monaten nach dem Grundwehrdienst erfolgen. Danach sind Milizübungen in der Dauer von insgesamt 40 Tagen vorgesehen.

In der Wehrdienstkommission vertretene Organisationen & Institutionen:

Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Organisationen und Institutionen des öffentlichen Lebens waren innerhalb der WDK an der Entscheidungsfindung beteiligt.

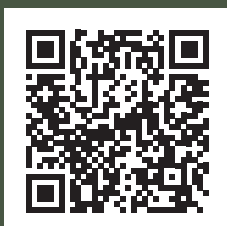
- Bundesministerium für Landesverteidigung
- Bundeskanzleramt
- Zivildienstserviceagentur
- Bundesministerium für Finanzen
- Österreichischer Zivilschutzverband
- Österreichisches Rotes Kreuz
- Bundesjugendvertretung
- Industriellenvereinigung
- Arbeiterkammer Wien
- Landwirtschaftskammer
- Wirtschaftskammer Österreich
- Österreichischer Gewerkschaftsbund
- Arbeitsmarktservice Oberösterreich
- Milizverband Österreich
- Bundesschülervertretung
- Präsidentschaftskanzlei
- Krisensicherheitsbüro der Bundesregierung



Weiterführende Informationen auf

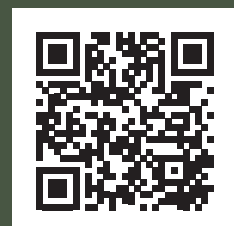
Bericht der Wehrdienstkommission

<https://go.bundesheer.at/wehrdienstkommission>



Informationsseite zum Model Österreich PLUS

<https://oesterreichplus.bundesheer.at>



KLISCHEES? HABEN WIR ENTWAFFNET.

JETZT INFORMIEREN!



EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH
[KARRIERE.BUNDESHEER.AT](https://karriere.bundesheer.at)



UNSER HEER

Sechs Monate waren nie genug. Sicherheit braucht Entscheidungen!

1970 propagierte Bruno Kreisky den Slogan „Sechs Monate sind genug“. 1971 erfolgte die Verkürzung auf sechs Monate Grundwehrdienst und zwei Monate Milizübungen. 2006 strich Verteidigungsminister Platter die Übungspflicht. Knapp zwanzig Jahre später erhielt die Wehrdienstkommission den Auftrag: „Machen Sie mir überlebensfähige Soldaten und ein bis 2032 verteidigungsfähiges Bundesheer daraus!“ Unter dem Vorsitz von Generalmajor Mag. Erwin Hameseder erarbeitete die Kommission in rund 2 700 Stunden drei Modelle, 49 Empfehlungen und 41 Anreizsysteme. Im Interview spricht Hameseder über die Arbeit in und mit der Kommission, den langen Weg zum zu erreichenden Ziel und seine Wünsche an die Politik.

Herr Generalmajor, wie hat es sich ergeben, dass Sie als Vorsitzender der Wehrdienstkommission eingesetzt wurden und nach welchen Gesichtspunkten wurden die anderen Mitglieder der Interessenvertretungen ausgewählt?

Im Frühjahr 2025 erhielt ich einen Anruf von Frau Bundesminister Tanner. Sie hatte einem Medium gegenüber erwähnt, dass sie eine Wehrdienstkommission einsetzen werde, und der Vorsitzende solle Herr Hameseder werden. Ich habe mich für das Vertrauen bedankt, nicht wissend, dass dieses Thema ein sehr komplexes werden sollte. Das war der Startschuss.

Die Kommission selbst war sehr breit aufgestellt – sie umfasste 23 Mitglieder. Die Sozialpartner waren dabei, klarerweise war auch der Generalstab intensiv mit eingebunden, ebenso die Zivildienstserviceagentur, die Jugend über die Bundesschülervertretung, um nur einige zu nennen. Es war ein wirklich breiter Querschnitt durch unsere Gesellschaft. Und das war wichtig: eine unabhängige Expertenkommission ohne politischen Einfluss.

Die Wehrdienstkommission war ein halbes Jahr lang tätig. Sie hat 13 Mal getagt, es gab Unterarbeitsgruppen zwischen den Sitzungen. Wie war der Ablauf?

Bei der ersten Sitzung haben wir uns mit der Geschäftsordnung befasst, die einen klaren Auftrag definierte. Dieser Auftrag war – vereinfacht gesagt – eine Weiterentwicklung des Grundwehrdienstes, eine verstärkte Übungstätigkeit, und begleitend



Mein Ziel war einen größtmöglichen Konsens zu den einzelnen Themen zustande bringen.
(Foto: Bundesheer/Cornelia Derdak)

dazu das Thema Wehrrersatzdienst mit dem Ziel, raschest möglich durch entsprechende Personalressourcen die Verteidigungsfähigkeit der Republik Österreich sicherzustellen.

Dazu nahmen wir zwei Fixpunkte auf: Einerseits den Aufbauplan 2032+, andererseits das Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz, weil dort die mittelfristige Budgetperspektive enthalten ist.

Man kann sich vielleicht vorstellen, bei 23 Mitgliedern gibt es durchaus 23 unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, Mei-

nungen etc. Mein Ziel war von Anfang an, mit meinem Stellvertreter Brigadier i.R. Dr. Feichtinger, sicherzustellen, dass wir einen größtmöglichen Konsens zu den einzelnen Themen zustande bringen.

Neben den insgesamt 13 Kommissionssitzungen fand noch eine Vielzahl von Sitzungen in Unterarbeitsgruppen beziehungsweise mit mir statt. Bei jeder Sitzung musste es einen roten Faden geben mit dem definierten Ziel, was man in der Sitzung erreichen wolle. Dies vorzubereiten war die Aufgabe der Geschäftsstelle, die aus



Jeder Wehersatzdiener muss einen Bereitstellungsschein haben und bereit sein, im außerordentlichen Ersatzdienst in einer vordefinierten Funktion seinen Dienst zu leisten. (Foto: Bundesheer/Cornelia Derdak)

meinem Büroleiter Oberst Seltenhammer, sowie Oberstleutnant dG Herker und Oberst dG Goiser, beide aus dem Generalstab, und mir bestand.

Insgesamt flossen ungefähr 2 700 Arbeitsstunden in die Kommissionsarbeit. Natürlich gab es Vertretungsregelungen, die meisten Mitglieder waren aber bei allen Kommissionssitzungen dabei.

Ich betone besonders die Untergruppen, die sich insbesondere mit Anreizsystemen, aber auch mit den Empfehlungen beschäftigten. Was dort vorbereitet wurde, haben wir über die Geschäftsstelle aufbereitet und in eine Ordnung gebracht, die in den Kommissionssitzungen abgearbeitet wurde – meist ergaben sich Empfehlungen schon aufgrund der intensiven Diskussionen.

Die Kommission erarbeitete 49 Empfehlungen, und ich legte großen Wert darauf, dass möglichst viele – je nach Modell der Entscheidung – auch wirklich zur Umsetzung gelangen. Militärisch würde man sagen, dass das unerlässliche flankierende Maßnahmen sind, damit das Ziel erreicht werden kann.

Die Kernempfehlungen waren klar. Wir haben fünf Modelle bearbeitet, analysiert und diskutiert; das Schweizer Modell mit Rekrutenschulen wurde ausgeschlossen,

da eine Implementierung erst jenseits 2032 möglich gewesen wäre.

In jedem Modell ging es um eine Verlängerung des Grundwehrdienstes: Das heißt Basisausbildung, Truppenausbildung innerhalb von acht Monaten und dann für jedes Modell als klares Ziel 60 Tage verpflichtende Milizübungen. Das waren die Kernempfehlungen.

Parallel dazu ergab sich die Diskussion um den Wehersatzdienst mit adäquater Anpassung, auch in der Länge auf mindestens zwölf Monate. Und ich sage ganz bewusst Wehersatzdienst und nicht Zivildienst, denn es ist ein Wehersatzdienst. Jede Funktion des Wehersatzdienstes muss einen Mehrwert für die Zivile Landesverteidigung bringen. Funktionen, die nicht in dieses Thema Mehrwert einzahlen, darf es in Zukunft nicht mehr geben. Damit mehr Personen für beispielsweise Care-Arbeit, für den Notfalldienst oder den Bergedienst verfügbar sind – also für die Aufgaben, die grundsätzlich den Blaulichtorganisationen zuzuordnen sind. Jeder Wehersatzdiener muss – analog zur Miliz – einen Bereitstellungsschein haben und bereit sein, im außerordentlichen Ersatzdienst in einer vordefinierten Funktion seinen Dienst zu leisten. Aus meiner Sicht haben Soldaten

bei einer Pandemie wie Covid nichts verloren. Das ist ein typischer Fall der Zivilen Landesverteidigung.

Das Gleiche gilt für die Anreizsysteme. Wenn jemand z.B. einen zivilen Drohnenschein hat, soll er beim Bundesheer eine militärische Drohnenausbildung bekommen, und adäquat eingesetzt werden. Und umgekehrt: Erhält jemand beim Bundesheer eine Drohnenausbildung mit den Lizenzen, soll er sie ins zivile Leben in seinen Beruf mitnehmen und überschreiben lassen können, wie beim Führerschein. Damit nimmt er aus dem Grundwehrdienst auch persönlich einen Mehrwert mit.

”

Es ist wichtig, dass möglichst viele der 49 Empfehlungen umgesetzt werden, sonst kommt ein Stückwerk heraus, das nicht im Sinne der Kommission ist. Der Großteil der Empfehlungen wurde einstimmig beschlossen – die Kommission steht also geschlossen dahinter!

”

Generalmajor Mag. Erwin Hameseder
Vorsitzender der Wehrdienstkommission

Welche Gewichtung hatte die Meinung der nicht stimmberechtigten Mitglieder in der Kommission?

Sie hatten eine beratende Tätigkeit, beispielsweise die Mitglieder aus der Wirtschaft wie Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung, weil eine Verlängerung des Grundwehrdienstes Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Die nicht stimmberechtigten Kommissionsmitglieder arbeiteten intensiv mit, einige Empfehlungen basieren auf deren Input. Die Kernempfehlungen – eine Verlängerung des Wehrdienstes und eine Übungspflicht – wurde mit ihnen diskutiert und von diesen positiv aufgenommen. Denn ihnen war klar: Das Österreichische Bundesheer ist mit der Polizei DER Sicherheitsdienstleister für die Republik Österreich. Und in die Wirtschaft investiert wird dort, wo der höchstmögliche Grad an Sicherheit gegeben ist.

Von der Jugend kamen unglaublich wichtige Inputs, und das Erfreuliche war: Die Mehrheit der Jugendvertretung waren Frauen. Mit ihnen haben wir auch die Wehrpflicht für Frauen diskutiert. Wir haben uns die skandinavischen Modelle angesehen, dort gibt es grundsätzlich Wehrpflicht für Frauen – zuletzt hat sie die dänische Ministerpräsidentin 2025 für ihr Land eingeführt. Unser Resümee war, dass man in unserer Gesellschaft offensichtlich noch nicht so weit ist. Was die Jugendvertretung aber unterstützte, war eine freiwillige Stellungsmöglichkeit für Frauen, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsprävention. Der Gesundheitszustand der Stellungs-pflichtigen macht uns Sorgen. 23 Prozent der jungen männlichen Bevölkerung in Österreich war im Jahr 2025 untauglich – die Hälfte davon aus psychischen Gründen. Das ist eine Katastrophe! Das hat auch massive Auswirkungen in der Wirtschaft, weil diese jungen Leute dort etwas leisten sollen und müssen. Hier besteht gesellschaftspolitisch Handlungsbedarf.

Sollte das politisch so beschlossen werden?

Wir müssen uns nur die Demografie anschauen und damit vergleichen, wo wir hinmüssen. Das Zwischenziel des notwendigen Aufwuchses sind 75 000 Soldatinnen und Soldaten. Bei den aktuellen demografischen Entwicklungen wird das ohne eine Wehrpflicht für Frauen zu gegebener Zeit nicht möglich sein. 2029 wird daher eine Evaluierung empfohlen, ob wir die personellen Ziele erreichen, die wir brauchen. Spätestens dann wird es wohl zu einer Wehrpflicht für Frauen eine politische Diskussion geben..

Sie haben es bereits erwähnt, die 49 Empfehlungen der Kommission wurden großteils einstimmig angenommen. Gab es ursprünglich kritische Mitglieder, die während der Arbeit in der Kommission durch ihr gesteigertes Hintergrundwissen ein Umdenken erfahren haben? Oder war von Anfang an Einigkeit vorhanden?

Von Einigkeit waren wir anfangs weit weg. Es war gut, dass Mitglieder dabei waren, die sich mit dem Thema Bundesheer, mit dem Thema Soldat bislang wenig bis gar nicht

auseinandergesetzt hatten. Dadurch kamen bessere – objektivere – Lösungen heraus. Zuerst ging es darum, rasch einen Informationsgleichstand herzustellen, und das wurde durch den Generalstab sehr verständlich, ausgezeichnet bewerkstelligt und belastbare Informationen bereitgestellt.

Ein wichtiges Thema war: Wie machen wir verständlich, was ein Soldat kann, der sechs Monate lange ausgebildet wird und dann wieder weg ist. Wir kamen auf die Idee, es mit einem Orchester zu vergleichen: Wenn jemand beginnt, Querflöte zu spielen, dann kann er oder sie gerade einmal Noten lesen und beginnt langsam zu spielen. Ist diese Person sehr, sehr fleißig, kann es sein, dass sie in sechs Monaten für sich selbst das eine oder andere Stück spielen kann. Diese Person ist aber weit davon entfernt, in einem Trio oder einem Quartett zu spielen, ganz zu schweigen in einem großen Ensemble.

Nach sechs Monaten sind die Leute auf der Schützebene ausgebildet, sprich, sie beherrschen ihre persönliche Ausrüstung. Sie sind aber nicht so weit, dass man sie in der militärischen Landesverteidigung einsetzen kann – es fehlt das Zusammenspiel auf den gefechtstechnischen Ebenen bis zu Kompanie und Bataillon. Früher haben wir von Vorwarnzeiten jenseits von fünf Jahren gesprochen. Heute haben wir de facto keine Vorwarnzeiten mehr. Eine Mobilmachung ist nun eine Frage von Tagen; aktuell brauchen wir aber bis zu

”

Politisch verantwortbar ist es nur, jemanden in einen Einsatz zu schicken, der eine echte Überlebenschance auf dem modernen Gefechtsfeld hat!

”

Generalmajor Mag. Erwin Hameseder
Vorsitzender der Wehrdienstkommission

zwei Monate für die Einsatzvorbereitung. Wie würden Sie Ihren Söhnen kurz und knapp die Notwendigkeit der Verlängerung des Wehrdienstes erklären?

Am Gefechtsfeld geht es darum, zu überleben und seinen Auftrag zu erfüllen. Darum

ging es schon immer. Aber das moderne Gefechtsfeld hat sich – insbesondere durch die Drohnenbedrohung und andere Wirkmittel – so verändert, dass das in sechs Monaten nicht machbar ist.

Ein Beispiel ist die Selbst- und Kameradenhilfeausbildung. In meiner Zeit hatten wir ein Verbandspackerl und ein Dreieckstuch. Bei der heutigen erweiterten Selbst- und Kameradenhilfe muss man mindestens eine Woche lang intensiv ausgebildet werden und laufend in der Ausbildung üben, um richtig reagieren zu können. Man muss seine Kameraden – oder auch sich selbst – richtig versorgen können, um eine Überlebenschance sicherzustellen.

Dänemark hat die Wehrpflicht von vier auf elf Monate erhöht, zusätzlich wurde die Wehrpflicht für Frauen eingeführt. Es ist damit nach Schweden das zweite Land in der EU und europaweit nach Norwegen das dritte. Wo liegt Ihrer Meinung nach der Unterschied zu Österreich und was müsste in Österreich passieren, damit man sie bei uns einführen kann?

Wir haben uns die Wehrsysteme in Europa angesehen; im Wesentlichen gibt es drei: Staaten mit Berufsheer, das typische Milizmodell der Schweiz und die sogenannten skandinavischen Modelle. Dazu gehören Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland, das auch eine sehr starke Reserve und Milizarmee hat.

Wir haben erkannt, dass beispielsweise Schweden beim Thema Gleichstellung von Mann und Frau deutlich weiter ist als wir. Eine Wehrpflicht für alle war die logische Konsequenz. In den skandinavischen Ländern werden aber nicht automatisch alle einberufen. Melden sich genügend Männer und Frauen freiwillig, wird von der Wehrpflicht kein Gebrauch gemacht. Melden sich zu wenige, entscheidet ein Lossystem, wer aus dem Pool der Wehrpflichtigen einrücken muss.

Dänemark hat damit auf die geopolitische Notwendigkeit reagiert.

Bei der Präsentation des Berichts der Wehrdienstkommission gab es weder von anderen politischen Parteien noch von Seiten der Medien Gegenwind. Wie stehen Sie zum Thema Volksbefragung.



Wenn an der Volksbefragung kein Weg vorbeiführt, muss sie schnellstmöglich stattfinden.
(Foto: Bundesheer/Cornelia Derdak)

Sehen Sie eine Notwendigkeit, wenn vorher alles klar erarbeitet wurde und keine Widerstände aufgetreten sind?

Das habe ich so nicht erwartet. In Gesprächen, die ich laufend geführt habe – und zwar auf höchster politischer Ebene – war das nie ein Thema. Als man die verpflichtenden Milizübungen abgeschafft hat, hat man auch keine gebraucht. Der Kommissionsbericht gibt fünf Modelle zur Auswahl, wobei jedes einzelne sehr tief analysiert ist. Man weiß, was man bekommt, wenn man sich für eines entscheidet.

Ich kann es mir nur so erklären, dass es im Hintergrund doch politische Widerstände gegeben haben muss, die eine Entscheidung in einem vernünftigen Zeitraum verunmöglichen. Die Wehrdienstkommission hat aus gutem Grund gefordert, dass das gewählte Modell mit 1. Jänner 2027 in Kraft tritt, und es braucht eine gewisse Vorbereitungszeit im System.

Idealerweise müsste im ersten Quartal 2026 die Entscheidung fallen, dann könnte der parlamentarische Prozess beginnen, sodass Mitte des Jahres auf Parlamentsebene eine Entscheidung getroffen werden könnte.

Für mich wäre es wünschenswert, wenn die angekündigte Volksbefragung einen so großen politischen Druck ausübt, dass man wieder miteinander redet und zu

einer sehr raschen Einigung auf Regierungsebene kommt.

Wenn an der Volksbefragung de facto kein Weg vorbeiführt, dann muss sie schnellstmöglich stattfinden. Nämlich innerhalb des ersten Halbjahres und nicht erst im Herbst. Eine derartige Verzögerung wäre politisch – und für das Bundesheer sowieso – ein wirklich sehr großes Problem. Das kann kein Politiker in Österreich verantworten! Hinsichtlich der Volksbefragung stellt sich mir nur eine Frage: Wie lautet diese Frage aller Fragen?

Eine der Empfehlungen, die Empfehlung Nummer 13, betrifft die sozialrechtliche Benachteiligung von Milizsoldaten. Diese ist spätestens seit dem Covid-Einsatz hinlänglich bekannt – und noch immer ungelöst.

Alles, was wir ressortintern lösen konnten – Stichwort Heeresgebührengesetz –, haben wir gelöst. Die sozialversicherungsrechtlichen Themen sind ressortübergreifend, sie betreffen auch andere Ressorts, und diese Themen sind weiterhin offen. Und das, obwohl es bereits im Jahr 2020 einen einstimmigen Entschließungsantrag der Regierungsparteien gab. Selbst der Rechnungshof wies in seinem Bericht auf diesen Punkt hin und sagte: „Das gehört gelöst!“ Trotzdem ist es bis jetzt nicht zur Umset-

zung gekommen.

Das ist eine Bringschuld der Republik Österreich. Ich kann mir nicht jemanden – insbesondere Milizangehörige – ins System holen, der einen Beruf hat, der vielleicht auch Familie hat, und der bekommt weniger als jemand, der keinen Wehrdienst leistet.

Kommen wir zur letzten Frage: Wünschen Sie sich von der Bundespolitik, vor allem in sicherheitspolitischen Belangen, mehr Mut zur Entscheidung?

Ja, ich wünsche mir mehr Mut zur Entscheidung, und ich wünsche mir mehr gleiche Sichtweise zum Thema Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Darum geht es in letzter Konsequenz: um den Mut, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

In einer Demokratie gibt es Legislaturperioden, und in dieser Zeit sind die Volksvertreter gefordert, bestmögliche Entscheidungen im Sinne der österreichischen Bevölkerung zu treffen. Das schließt auch unpopuläre Entscheidungen mit ein. Unser Job in der Wehrdienstkommission war nicht, etwas zu erarbeiten, das für alle angenehm ist. Unser Auftrag war zu beurteilen, was der beste, gangbarste und am schnellsten implementierbare Weg ist, um Soldaten und Zivil-diener ausbilden zu können, die wir guten Gewissens in der militärischen Landesverteidigung sowie bestmöglich in der zivilen Landesverteidigung einsetzen können.

Es geht um den glaubwürdigen und vertrauenswürdigen Schutz unserer Bevölkerung, um die Souveränität der Republik Österreich. Und in letzter Konsequenz geht es um das Leben junger Österreicherinnen und Österreicher.

Ich erwarte mir eine intensive Koordination auf Regierungsebene und klare, rasche, nachvollziehbare Entscheidungen – in diesem Sinne für das empfohlene Modell Österreich PLUS; acht Monate Grundwehrdienst und zwei Monate an verpflichtenden Milizübungen sowie einen Wehersatzdienst von mindestens 12 Monaten, fokussiert auf die zivile Landesverteidigung.

Herr General, danke für das Gespräch.

Oberst Claus Triebenbacher
Abteilung Zielgruppenkommunikation

Inhalt

Stell dir vor, es ist Krieg und keiner glaubt an den Sieg!	2
Junge Familie hat wieder ein Dach über dem Kopf!	6
Die Wehrdienstkommission und ihre Ergebnisse	8
Sechs Monate waren nie genug. Sicherheit braucht Entscheidungen!	12

P.b.b., Vertragsnummer: GZ02Z030049 M, Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt 1090 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich, Bundesministerium für Landesverteidigung
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

BMLV/Abteilung Zielgruppenkommunikation
Roßauer Lände 1, 1090 Wien; Email: interne.kommunikation@bundesheer.at

Chefredakteure:

Oberstleutnant Markus Matzhold, Oberst Claus Triebenbacher
Grundlegende Richtung: Die „Miliz Info“ ist eine Publikation des BMLV und dient zur
Grundaus-, Fort- und Weiterbildung der Angehörigen der Einsatzorganisation des
Bundesheeres.

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht aber
unbedingt die Meinung des BMLV oder der Redaktion wieder.

Erscheinungsjahr / Auflage:

2026, erscheint vierteljährlich, 22 000 Exemplare

Fotos:

Heeresbild- und Filmstelle (HBF); andere Ersteller siehe Beiträge

Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien 22-00572

Eine Abbestellung der Zeitschrift
MILIZ Info kann bei der Redaktion
erfolgen!